

Dresdner Volkszeitung

Verlagsredaktion: Dresden
Luben & Comp., Nr. 1268

Organ für das **werktätige Volk**

Verlagsredaktion: Dresden
Luben & Comp., Nr. 1268

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementspreis einschließlich Frachtposten mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Nach der Arbeit“: halbjährlich 1 Mark, vierteljährlich 50 Pf., monatlich 2 Mark, halbmöndlich 1 Mark. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Verlagsredaktion: Dresdener Platz 10, Fernsprecher Nr. 2501. Geschäftszeiten: von 10 bis 12 Uhr und von 2 bis 5 Uhr nachmittags.

Abonnementspreis: die 30 mm breite Monatsbeilage 20 Pf., die 30 mm breite Monatsbeilage 2,00 Mark, für auswärtige Abonnenten 40 Pf. und 2,50 Mark. Familienabonnenten, Schulen und Vereine 40 Gros. Rabatt. Für Preisveränderung 10 Pf.

Nr. 178

Dresden, Dienstag den 2. August 1927

38. Jahrg.

Internationaler Gewerkschaftskongress

Zwischenfall Jouhaux-Burcell am Eröffnungstage

P. Paris, 1. August. (Eig. Drahtber.)

Am Montag morgen ist im Grand Palais der Kongress der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationalen eröffnet worden. Das ganze Innere des riesigen Saales ist mit roten Fahnen, Blumen und Kränzen geschmückt. Auf allen Seiten stehen Sträuße roter Geranien.

Die Veranstaltung wurde eingeleitet mit einer Begrüßungsrede des Generalsekretärs des französischen Gewerkschaftsbundes Jouhaux. Dann nahm das Bureau am Tische des Präsidenten der Gewerkschafts-Internationalen Burcell, der Generalsekretär Ouedegesch, und als Vertreter Jouhaux, Wertens, Veipari und Sassenbach.

Anschließend ergriff der Präsident Burcell das Wort zu einer atropangelenkten Rede in englischer Sprache. Burcell vertrat die Ansicht, daß die Internationale sich zu sehr auf Europa beschränkt habe, wo doch Millionen Arbeiter, die zu der arbeitenden Klasse zählten, Proletarier in der Welt modernster Bedeutung geworden seien. In diesem Zusammenhang kam er auf die

Ereignisse in China

zu sprechen, die seiner Ansicht nach durch die überstürzte kapitalistische Industrialisierung dieses Landes zu erklären seien. Dann ging er auf die weltwirtschaftliche Lage ein und kam zu der Feststellung, daß sämtliche kapitalistischen Länder sich in einem hohen Maß der Depression befänden. Das gelte insbesondere von England, dessen technische Ausrüstung zum großen Teil veraltet sei.

Die Bedeutung des englischen Mutterlandes sinkt von Tag zu Tag.

Vor dem Kriege sei England das Produktionszentrum gewesen, das seine Waren den Kolonien und Ländern ausgeführt habe. Heute hätten sich diese emanzipiert und seien im Wettbewerb dem Handel des Mutterlandes England ernsthafte Konkurrenz zu machen. Am Schluß betonte Burcell, daß die gewerkschaftliche Einheit die notwendige Forderung der Gegenwart sei. Er sprach sich dann auch für eine völlige Umbildung der Gewerkschafts-Internationalen aus.

Die Rede von Burcell führte einen Zwischenfall herbei. Im Namen des Bureaus erhob der Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsbundes Jouhaux, einen Protest gegen diese Rede, die Mißverständnisse erzeuge könnte.

Im Laufe des Nachmittags hielt im Namen der Arbeiter-Internationalen Friedrich Adler eine längere Ansprache, in der er auf das fruchtbare und gute Zusammenarbeiten zwischen der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationalen und der Arbeiter-Internationalen hinwies. „Wir kämpfen“, erklärte Adler, „um ein internationales Ziel zu gebrauchen, auf verschiedenen Kriegsschauplätzen, die Gewerkschafts-Internationalen auf dem ökonomischen, die Arbeiter-Internationalen auf dem politischen, aber schließlich verfolgen wir alle ein und dasselbe Ziel: Die Menschheit von dem Druck der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung zu befreien und den endlichen Triumph der sozialistischen Idee zu sichern.“

Einerlei Beifall folgte diesen Ausführungen. Nach Adler ergriff der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas,

das Wort. Er gab zunächst eine kurze Schilderung der bisherigen Arbeiten des Internationalen Arbeitsamtes, um dann auf die Angriffe hinzuweisen, denen das Internationale Arbeitsamt in den letzten Tagen sowohl von der reaktionären bürgerlichen Presse, als auch von den Kommunisten ausgesetzt gewesen sei. „Trotzdem“, erklärte Albert Thomas, „wenden sich auch die Moskauer Organisationen fast alltäglich an das Internationale Arbeitsamt, um von ihm Dokumente zu erhalten“. Was die bürgerlichen Angriffe betrifft, so habe man zuerst versucht, die Dinge so hinzustellen, als ob die Amsterdamer Gewerkschafts-Internationalen nichts weiter als ein Anhängel des Internationalen Arbeitsamtes sei, während man jetzt plötzlich glauben zu machen versucht, daß das Internationale Arbeitsamt der Sklave der Gewerkschafts-Internationalen sei. Aber weder die eine noch die andere These sei richtig. Die große Macht, die der Internationale Gewerkschaftsbund durch das Vertrauen, das er bei allen Arbeitern der Welt genießt, besitze, garantiere seine Unabhängigkeit auch gegenüber dem Internationalen Arbeitsamt. Jedenfalls sei die Zusammenarbeit der Organisationen der verschiedenen Länder innerhalb der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationalen die stärkste Garantie für die Entwicklung des Internationalen Arbeitsamtes und für

die Sicherung des Friedens.

Auch die Ausführungen Albert Thomas' fanden den stärksten Beifall.

Im Laufe des Nachmittags kamen noch ein Vertreter Südafrikas und der Vertreter Indiens zu Worte. Dann wurden die Verhandlungen auf Dienstag verlagert.

P. Paris, 2. August. (Eig. Funkdruck.)

In der Rede Burcells, die zu dem erwähnten Zwischenfall führte, sprach der Redner u. a. von den Versuchungen, die Rußen zum Anschluß zu bewegen. Er rühmte dabei

die geistige Freiheit, Sittlichkeit und Kraft der russischen Gewerkschaften.

Das Sonderbarste sei, daß man die letzten drei Jahre verzeittelt habe, um sich gegenseitig zu beschimpfen zu einer Zeit, wo die Einheit am notwendigsten war. Wenn man das nicht getan hätte, würde die Welt anders aussehen. Reaktion und Bolschewismus würden sich nicht breitmachen. Die Sowjetrepublik würde stärker gewesen sein, wenn die russischen Gewerkschaften sich gleich nach dem Wiener Internationalen Kongress dem IFAA angeschlossen hätten.

In seiner Erklärung protestierte Jouhaux im Namen der übrigen Mitglieder des Bureaus, mit Ausnahme von Brown und Burcell, gegen diese Ausführungen. In der Erklärung heißt u. a., daß man es Burcell nach allem Brauch überlassen habe, auf eigene Verantwortung ungehindert seine Rede zu halten, aber die anderen Genossen des Bureaus könnten sich die Gedanken Burcells nicht zu eigen machen.

Auf Antrag Jouhaux' nahm der Kongress der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationalen am Montag nachmittags eine Entschließung an, in der die Begnadigung des beiden in Amerika zum Tode verurteilten italienischen Anarchisten Sacco und Vanzetti gefordert wird.

kannt, bei dem ein Stahlhelmmann durch einen Reichsbannermann ums Leben gekommen ist.

Der Aufruf betont zum Schluß, das Reichsbanner könne, solange der bisherige Zustand fortdauere, keine Garantie mehr dafür übernehmen, daß seine Angehörigen in Zukunft nicht zur Notwehr schreiten.

Mussolinis „Bagatellen“

Der Duce zittert vor dem Anschluß

D. Berlin, 2. August. (Eig. Funkdruck.)

Der italienische Ministerpräsident bezeichnete am Montag in einem Ministerrat die beiden wichtigsten Ereignisse der letzten Zeit: den albanisch-jugoslawischen Konflikt und die Wiener Unruhen als Bagatellen, „da keine Vorkommnisse von Bedeutung zu verzeichnen gewesen seien“.

Die Vorgänge in Wien nannte er u. a. eine „sozialdemokratisch-bolschewistische Revolte in der österreichischen Hauptstadt“. Die faschistische Regierung habe, trotz anderer Behauptungen, niemals daran gedacht, sich in die inneren Angelegenheiten Österreichs einzumischen. Der italienische Gesandte in Wien habe keine wie immer gearteten Schritte unternommen. Es seien auch keine Truppenkonzentrationen an der österreichischen Grenze erfolgt. Alles das hat aber niemand anders behauptet als die österreichischen und die deutschen Freunde des italienischen Faschismus.

Mussolini äußerte sich im gestrigen Ministerrat auch zur Anschlußfrage. Weder die alte These der Donau-Föderation noch der Anschluß an Deutschland sei mit den bestehenden Friedensverträgen vereinbar, aber es sei vor allem klar, daß nach einer Vereinigung Österreichs mit Deutschland die politische Karte Europas, die durch die Friedensverträge von Versailles und Trianon geschaffen worden sei, sich auf das stärkste umgestalten würde. Italien nehme daher keine Änderung in seiner durch allgemeine und besondere Gründe bedingten Haltung vor.

Bewertung des Unrechts?

Von unserem Londoner Korrespondenten

S. London, Ende Juli.

England, einst das klassische Land der Freizügigkeit, das im 19. Jahrhundert seine hervorragenden Wirtschaftsführer und eine Reihe von Gelehrten und Künstlern aus Ausländern rekrutierte, seine nach Hunderttausenden zählende französische, deutsche und italienische Kolonien besaß, England, das klassische Asyl für politische Flüchtlinge und Verfolgte, ist seit Kriegsbeginn zum Lande der strengsten Einschränkung der Einreise, der sorgfältigsten Überwachung der Ausländer und der rigorosesten Anwendung der Ausweisungsbefugnisse geworden. Asyl ist England heute höchstens noch für reaktionäre politische Flüchtlinge aus Rußland und für ein paar von Mussolini und anderen faschistischen Regierungen verfolgte Liberale, die England, eingebend seiner großen liberalen Tradition und trotz den ausgezeichneten Beziehungen zu den betreffenden faschistischen oder halbfaschistischen Regierungen, nicht gut zurückzuweisen vermochte.

Die Einschränkung der vor dem Kriege geltenden, den Aufenthalt von Ausländern regulierenden Vorschriften war ursprünglich als bloße Kriegs-Maßnahme gedacht; sie ist später, angesichts der politischen Unruhe, die dem Kriege folgte, und der ungeheuren Arbeitslosigkeit, die England heimstüchtete, aufrechterhalten worden und seither, wie jeder in London lebende Ausländer weiß, aufs strengste durchgeführt worden.

Kunmehr aber droht aus diesem Provisorium ein Definitivum zu werden: im Mai laufenden Jahres ist dem Oberhaus ein Gesetzesentwurf vorgelegt worden, der die Ausnahmestimmungen des Krieges und der Nachkriegszeit als geltende Norm festsetzt und verewigen will. Der Plan der Regierung hat inzwischen, beinahe unbemerkt, verschiedene parlamentarische Stadien durchlaufen, und es besteht die Gefahr, daß dieser reaktionäre Anschlag eines Tages zum Gesetz wird, ehe sich die Öffentlichkeit über die Tragweite des Schrittes Rechenschaft gegeben hat. Der Gesetzesentwurf schränkt die freie Zureise von Ausländern ein; er hebt das Recht des Appells gegen die Einreiseverweigerung durch den „immigration officer“, den britischen Beamten am Landungsplatz, sowie des Appells gegen einen Ausweisungsbefehl durch den Innenminister auf und beseitigt insbesondere das Recht des ausländischen politischen Flüchtlings auf Asyl in England.

Niemand, der die Lage des britischen Arbeitsmarktes und die schwierige Lage des arbeitssuchenden Engländers kennt, wird gegen eine gewisse Einreisefrist protestieren. Es bestünde sonst, ganz abgesehen von einer weiteren Verstärkung des Arbeitsmarktes, angesichts der hohen Erwerbslosenziffern unzweifelhaft die Gefahr des Einstromes arbeitsscheuer Elemente aus der ganzen Welt. Aber die wasser- und luftdichte Absperrung gegen jeden arbeitssuchenden Ausländer — sofern er nicht ein völlig unerfahrener Spezialist ist — ist eine zweifelhafte Maßnahme. Kein rechnerisch, auf dem Papier, bedeutet jeder zureisende Arbeiter, der Beschäftigung findet, eine Verminde rung der Arbeitschance für je einen Engländer. Die Praxis hat jedoch bewiesen, daß die Dinge nicht so einfach liegen, und daß, unter gewissen Umständen, die Zureise von Fach- und Qualitätsarbeitern für eine mehrfache Anzahl heimischer Arbeiter dauernde Beschäftigung bringen mag. Auf manchem Gebiet, für das dem Engländer Schulausbildung, Tradition oder Veranlagung fehlt, bedeutet diese infuläre Absperrung überdies eine ausgesprochene Qualitätsenkung der Dienstleistung oder des produzierten Gutes. Dies ganz abgesehen von der, aus der Vergangenheit Englands nachweisbaren Tatsache, daß eine gewisse Arbeits-, Energie- und Intelligenz-zufuhr sich als Gegenmaß gegen eine gewisse kritische Notwendigkeit zur Beschaulichkeit und Inzucht im höchsten Maße produktiv erwiesen hat.

Bedenklicher noch als diese allgemeine Aufrechterhaltung der Einreisefrist ist die gesetzliche Abschaffung des Appellationsrechtes des Ausländers gegen die Entscheidungen des immigration officers und des Innenministeriums. Mag für die Kriegszeit und für Ausnahmefälle der Sach gelten, daß es besser sei, zehn Unschuldige an der Einreise zu hindern als einen Unverwundeten hereinzuschleusen zu lassen, so verkehrt sich die Weisheit solcher Regel in normalen Zeiten in Schilane, und der Beamte, der beauftragt ist, keine kommunistischen Agitatoren ins Land zu lassen, wird, früher oder später, einen zu einem Gewerkschaftskongress reisenden Vertreter Amsterdams oder eine prominente Persönlichkeit der parlamentarischen Linken irgendeines kontinentalen Staates von der Einreise nach England ausschließen.

Am bedenklichsten freilich ist die dauernde Aufhebung des politischen Asylrechtes, das zu den großen moralischen Aktivenposten der englischen Vergangenheit gehört. England hat mit dem Asylrecht, das es Männern wie Karl Marx, Edward Bernstein und ungezählten von ihnen reaktionären Regierungen wie Treuhändern geizigen Sozialisten gewährt hat, den Sozialismus der Welt zu einem Danke verpflichtet, der niemals voll abgefaßt werden kann.

Gewiß, ist mit der Schaffung der Dritten Internationalen die Gefahr eines Mißbrauches des politischen Asyl-

Für den Frieden!

D. Berlin, 2. August. (Eig. Funkdruck.) Die Berliner Sozialdemokratie veranstaltete am Montag abend in Berlin eine von Tausenden besuchte Kundgebung: „Gegen Krieg und Kriegsgewinn, für Frieden und Sozialismus!“ Die Kundgebung war eine erste Mahnung an alle, die mit dem Gedanken künftiger Armut spielen. Auf und Abmarsch vollzogen sich in völliger Ruhe und Ordnung. Den Ordnungsdienst versah das Reichsbanner.

Kundgebung antimilitaristischer Pfarrer

D. Berlin, 2. August. (Eig. Funkdruck.) In Köln fand unter dem Vorsitz des Pfarrers Friese eine Kundgebung des Internationalen Verbandes antimilitaristischer Pfarrer statt. Die im Vorjahre in Genf gegründete Organisation, die bisher über starke Gruppen in der Schweiz, Holland, Amerika, England und Norwegen verfügt und sich vorläufig nur aus evangelischen Theologen zusammensetzt, will die Unvereinbarkeit von Christentum und Krieg dartun und gegen Kriegsverherrlichung und Kriegsvorbereitung kämpfen. Die Bildung einer deutschen Gruppe ist in absehbarer Zeit zu erwarten.

Die Rohheit der Nationalien

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Gau Mittelsachsen, hat an die mit dem Eis in Breslau vertretenen staatlichen Behörden einen Aufruf gerichtet, in dem auf das provokatorische Verhalten des Stahlhelms hingewiesen wird. Der Aufruf betont ausdrücklich, daß es sich bei den Stahlhelmprovokationen um systematische Vorgänge aus allerletzter Zeit handelt, und führt dann die vom Stahlhelm im Gau Mittelsachsen bisher geleiteten Reichsbannerleute namentlich auf. Insgesamt sind in 124 Fällen vom Reichsbanner Unterstützungen an Kameraden bewährt worden, die in dessen Reihen durch Uebertreue um Schaden gekommen sind. Darunter befinden sich angeblich Veronen mit Verletzungen so schwerer Natur, daß eine strankenshausbehandlung bis zu einem Vierteljahr erforderlich war und die Kameraden brotlos blieben. Auch Ver- und Armanipulationen hätten vorgenommen werden müssen. Demgegenüber sei kein einziger Fall be-